

# Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände Postfach 12 03 15 10593 Berlin

GD Wettbewerb  
Geschäftsstelle Staatliche Beihilfen  
SPA 3, Büro 6/5  
B-1049 Brüssel

Belgien

15. September 2005

Bearbeitet von:

Matthias Wohltmann (DLT)  
Telefon: 030 / 590097 – 322  
E-Mail: [matthias.wohltmann@landkreistag.de](mailto:matthias.wohltmann@landkreistag.de)

Thomas Abel (DStGB)  
Telefon: 030 / 77307 – 242  
E-Mail: [thomas.abel@dstgb.de](mailto:thomas.abel@dstgb.de)

Per E-Mail: [STATEAIDGREFFE@CEC.EU.INT](mailto:STATEAIDGREFFE@CEC.EU.INT)

Aktenzeichen  
906-30

## **Konsultationspapier „AKTIONSPLAN STAATLICHE BEIHILFEN, Weniger und besser ausgerichtete staatliche Beihilfen - Roadmap zur Reform des Beihilferechts 2005-2009“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kommunalen Spitzenverbände in Deutschland nehmen gerne die Möglichkeit wahr, zu dem Konsultationspapier „Aktionsplan staatliche Beihilfen, weniger und besser ausgerichtete staatliche Beihilfen – Roadmap zur Reform des Beihilferechts 2005 – 2009“ Stellung zu nehmen:

1. Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland begrüßen die dem Aktionsplan zugrunde liegenden Ziele einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im Rahmen des Lissabon-Prozesses, der Systematisierung der Beihilfepolitik sowie der Verfahrensvereinfachung.
2. Auch in Zukunft sollte sich die Kommission auf ihre Kernaufgabe beschränken, die Beihilfemaßnahmen der Mitgliedstaaten daraufhin zu überprüfen, ob sie den innergemeinschaftlichen Wettbewerb verfälschen und den Handel in einem Maße beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft. Allerdings darf das Bemühen, die Kommission von weniger wichtigen Fällen zu entlasten, nicht zu einer bloßen Verlagerung von Verwaltungsaufwand auf die Mitgliedstaaten und ihre Untergliederungen führen.

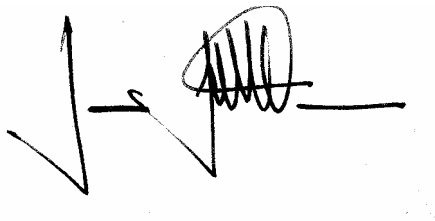
3. Außerdem lehnen die Kommunen alle Eingriffe in die innerstaatliche Verwaltungsorganisation, insbesondere im Bereich der Rechnungshöfe, einzelstaatlicher Gerichte sowie durch die Schaffung unabhängiger Einrichtungen ab. Mit allem Nachdruck wird der Vorschlag der Kommission zurückgewiesen, unabhängige Beihilfeüberwachungsbehörden in den Mitgliedstaaten zu etablieren. Eine gemeinschaftsrechtliche Verpflichtung zur Einrichtung derartiger Behörden wäre weder politisch sinnvoll noch rechtlich zulässig.
4. Die politische Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung von Beihilfen ist zu wahren. Die Ausgestaltung staatlicher Beihilfen ist genuine Aufgabe der Mitgliedstaaten und allein nach den innerstaatlichen Mechanismen demokratischer Legitimation zu rechtfertigen. Ist es auf der einen Seite richtig, entsprechend den Schlussfolgerungen Europäischer Räte staatliche Beihilfen auf horizontale Ziele auszurichten, darf dies nicht dazu führen, dass innerhalb horizontaler Regelungen die Zulässigkeit von Beihilfen sich allein nach dem europäischen Mehrwert bemisst.
5. Die von der Kommission vorgeschlagene Zielerreichungskontrolle der Mitgliedstaaten durch die Kommission bewerten die Kommunen kritisch. Die Prüfung der Geeignetheit und Zweckmäßigkeit einer Beihilfe obliegt aufgrund der wirtschaftspolitischen Bedeutung der Entscheidung allein den Mitgliedstaaten bzw. ihren Untergliederungen. Der Kommission kann nicht die Rolle der nationalen Rechnungshöfe zukommen. Die Bewertung der Sparsamkeit im Umgang mit Steuergeldern sowie des wirtschaftlichen Erfolgs staatlicher Beihilfen muss den nationalen, demokratisch legitimierten Institutionen vorbehalten bleiben.
6. Die Kommunen bewerten die angekündigte Ausrichtung der zukünftigen Beihilfeprüfung am Marktversagen als nicht sinnvoll. Sie würde dazu führen, dass bei jeder Beihilfevergabe nachgewiesen werden müsste, dass der Markt selbst kein wirtschaftlich effizientes Ergebnis hervorbringt. Ein solcher Nachweis kann in der Praxis jedoch schwer zu führen sein und zu einem erheblichen Mehraufwand für die nationalen Behörden führen. Dies würde die Bemühungen der Kommission um eine Verfahrensvereinfachung konterkarieren und die Verfahrensdauer verlängern. Auch würde eine Untersuchung des Marktversagens eine Analyse der Marktbedingungen europaweit erfordern, was auf Grund der territorial begrenzten Zuständigkeit der Mitgliedstaaten von den nationalen Behörden nicht zu gewährleisten ist.
7. Der Aktionsplan wiederholt die Ankündigung im Weißbuch der Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Legislativvorschläge auszuarbeiten, durch die die Bedingungen der Anwendung des Beihilfenrechts auf die Finanzierung der Leistungen der Daseinsvorsorge durch die Mitgliedstaaten erläutert werden sollen. Dies ist zwischenzeitlich mit Datum vom 15. Juli 2005 auch geschehen. Die Städte, Gemeinden und Landkreise begrüßen insbesondere die darin enthaltene Freistellungsentscheidung als einen wesentlichen Schritt zu mehr Rechtssicherheit. Die kommunalen Spitzenverbände greifen das Angebot der Kommission im Aktionsplan, die betroffenen Kreise in die Erarbeitung weiterer Regelungsvorschläge einzubeziehen, gerne auf. Sie fordern die Kommission auf, wie im Weißbuch zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse angekündigt, einen Vorschlag für eine Mitteilung zur Abgrenzung der wirtschaftlichen von den nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vorzulegen.

8. Im Hinblick auf die angestrebte Verfahrensvereinfachung befürworten die Kommunen grundsätzlich die Absicht der Kommission, eine allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung zu erlassen und dort weitere Bereiche wie etwa Rettungsbeihilfen für KMU und Umweltschutzbeihilfen aufzunehmen. In der Vergangenheit hat die Kommission die Überführung von Leitlinien in Freistellungsverordnungen allerdings wiederholt dazu genutzt, die bestehenden Spielräume einzuengen. Einer derartigen Verschärfung ist zu widersprechen. Auch muss es trotz der Freistellung möglich sein, davon nicht gedeckte Beihilfen zu notifizieren und genehmigen zu lassen.
9. Die Anhebung der De-minimis-Schwellenwerte im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 wird ausdrücklich begrüßt. Sachgerecht wäre aus Sicht der Kommunen allerdings zumindest eine Verdoppelung des derzeitigen Schwellenwertes von 100.000 € auf 200.000 €.
10. Die jetzt vorliegenden ersten Vorschläge zur Revision der Regionalleitlinien berücksichtigen wesentliche Forderungen der deutschen Kommunen. Die vom statistischen Effekt betroffenen Regionen können auch zukünftig in angemessener Weise gefördert werden. Das Fördergefälle an den Grenzregionen zu den Ziel-1-Gebieten wird auf 20 %-Punkte beschränkt. In Westdeutschland wird eine nationale Regionalförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ weiterhin möglich sein.
11. Die Kommunen stimmen der Kommission zu, wenn diese zwecks erfolgreicher Umsetzung der Lissabon-Strategie die Bereitstellung moderner Infrastruktureinrichtungen im Bereich Verkehr, Energie, Information und Kommunikation fordert. Allerdings werden Infrastrukturvorhaben der Mitgliedstaaten und ihrer Untergliederungen in Teilbereichen immer weiter dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft zugeordnet. Um Rechtsunsicherheit in diesem Bereich zu vermeiden, sollte die Kommission festlegen, dass Investitionen in Infrastrukturprojekte, die allen potenziellen Nutzern diskriminierungsfrei zugänglich sind, als allgemeine wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht den Tatbestand der staatlichen Beihilfen erfüllen.
12. Positiv bewerten die Kommunen das Vorhaben der Kommission, das interne Verwaltungsverfahren zu straffen. Die Annahme der Kommission, dass die lange Verfahrensdauer im Beihilfeverfahren unter anderem auf die Anzahl der vorzulegenden Sprachfassungen zurückzuführen ist, darf jedoch nicht zu einer Reduzierung auf die englische oder französische Sprache führen. Denn dadurch würde lediglich ein wesentlicher Teil der von der Kommission zu leistenden Arbeit auf die Mitgliedstaaten und ihre Untergliederungen verlagert und eine erhebliche Rechtsunsicherheit, insbesondere bei den bewilligenden Behörden und den Beihilfeempfängern hervorgerufen.
13. Begrüßt werden auch die Bemühungen der Kommission, das Verfahrensrecht zu vereinfachen und Verwaltungskosten zu senken. Die in diesem Zusammenhang vorgeschlagene systematische Negativentscheidung bei nicht ordnungsgemäß angemeldeten Beihilfen erscheint allerdings mit dem Primärrecht nicht vereinbar. Gleiches gilt für die Feststellung, die Mitgliedstaaten müssten die Rechtmäßigkeit

einer Beihilfemaßnahme nachweisen: Nach Artikel 88 Absatz 2 Satz 1 EG-Vertrag ist es nämlich Aufgabe der Kommission, festzustellen, dass eine Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar ist.

14. Auch das Vorhaben der Kommission, nicht ordnungsgemäß angemeldete Beihilfen systematisch zurückzufordern, stößt auf Bedenken der Kommunen. Bereits die Verzinsung des Betrags – zumal nach der Erstreckung auf Zinseszinsen – stellt eine ausreichende Sanktion dar. Eine pauschale Rückforderung nicht ordnungsgemäß angemeldeter Beihilfen wäre dagegen aufgrund der zum Teil gravierenden Folgen unverhältnismäßig. Insbesondere für KMU entstünde das Problem, dass diese aufgrund einer Verpflichtung zur Rückzahlung einer materiell rechtmäßigen Beihilfe in erhebliche Zahlungssengpässe geraten könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Jens Lattmann  
Beigeordneter  
des Deutschen Städtetages



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Landkreistages



Uwe Lübking  
Beigeordneter  
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes